

Sicherheitsrat Handbuch



Inhalt

Einführung zum Sicherheitsrat	3
1. Piraterie	5
1.1 Einführung	
1.2 Hintergrund	
1.3 Aktuelles	
1.4 Probleme und Lösungsansätze	
1.5 Wichtige Begriffe	
2. UN-NATO Vorgehen gegen Russland	13
2.1 Einführung	
2.2 Hintergrund	
2.3 UN Maßnahmen gegen Russland	
2.4 NATO Maßnahmen gegen Russland	
2.5 UN-NATO Beziehung und Resolutionen	
2.6 Wichtige Begriffe	
2.7 Aktuelles	

Der Sicherheitsrat

Der Sicherheitsrat ist das höchste Entscheidungsgremium der Vereinten Nationen in Fragen der internationalen Sicherheit und des Friedens. Seine Entscheidungen haben weitreichende Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen und die internationale Politik.

Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, auch als P5 bezeichnet, haben ein Vetorecht, d.h. sie können jeden Beschluss des Sicherheitsrats blockieren, indem sie ihr Veto einlegen. Dieses Vetorecht ist eine wichtige Macht, die von den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats häufig genutzt wird, um ihre nationalen Interessen zu schützen oder um Entscheidungen zu blockieren, die sie für nicht im Einklang mit ihren Interessen halten.

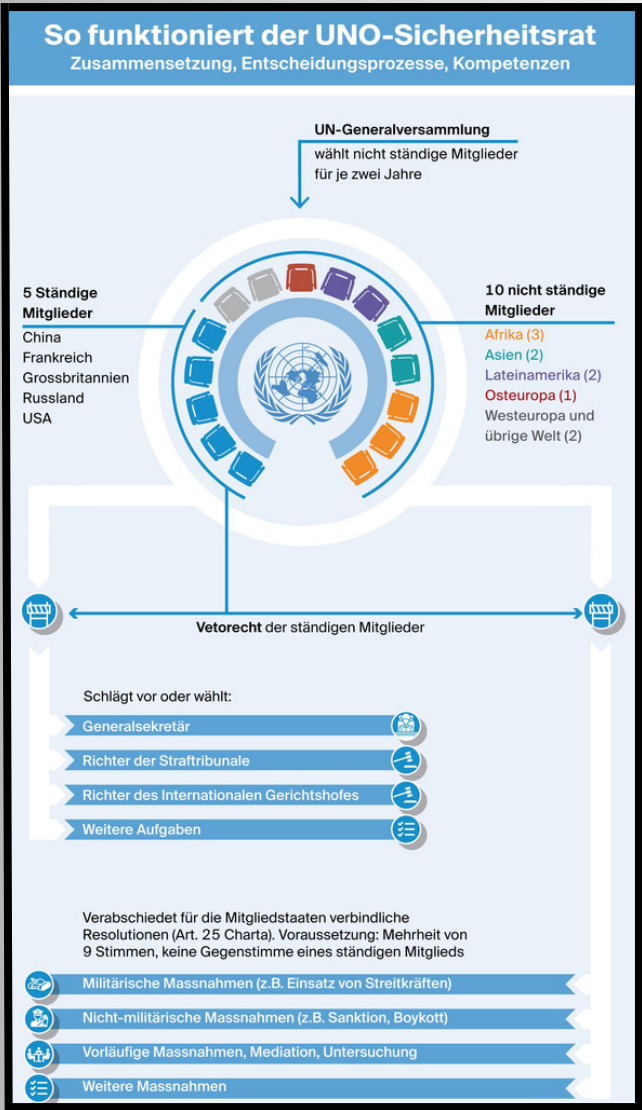
Die nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrats werden alle zwei Jahre gewählt und vertreten verschiedene geografische Regionen der Welt. Sie haben kein Vetorecht, aber sie haben die Möglichkeit, an der Entscheidungsfindung des Sicherheitsrats aktiv teilzunehmen und ihre Perspektiven und Ansichten zu vertreten.

Der Sicherheitsrat hat die Befugnis, Maßnahmen zur Beilegung von Konflikten zwischen Staaten zu ergreifen, einschließlich der Verhängung von

Wirtschaftssanktionen, des Einsatzes von Friedenstruppen und in einigen Fällen der Genehmigung militärischer Einsätze. Der Sicherheitsrat kann in bestimmten Situationen auch internationale Strafgerichtshöfe einrichten, um Personen zu verfolgen, die für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord verantwortlich sind. Die Entscheidungen des Sicherheitsrats sind für alle UN-Mitgliedstaaten bindend.

Der Sicherheitsrat hat in der Vergangenheit in vielen wichtigen Konflikten interveniert, darunter der Koreakrieg, der Vietnamkrieg, der Golfkrieg und der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. In jüngerer Zeit hat er eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen gespielt.

Obwohl der Sicherheitsrat oft kritisiert wird, weil er aufgrund von nationalen Interessen blockiert wird oder weil er nicht schnell genug auf Konflikte reagiert, bleibt er ein wesentlicher Teil der internationalen Gemeinschaft und spielt eine wichtige Rolle bei der Förderung von Frieden und Sicherheit in der Welt.



Piraterie

Einführung

Piraterie ist keineswegs eine neue Herausforderung für die Schifffahrt und dennoch steigt die Zahl der Piratenangriffe weiterhin – trotz Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, Lösungen zu finden. Obwohl die Seefahrt durch die Covid-19-Pandemie in den letzten Jahren eingeschränkt war, stieg die Zahl der Angriffe 2021 um gut 20% auf einen neuen Höchststand von 195 Piratenüberfällen weltweit. Die Küste Somalias galt in der Wahrnehmung des globalen Nordens, unter anderem auch durch die EU-Militärmission (Operation Atalanta), lange Zeit als gefährlichster Hotspot. Aber auch andere hochfrequentierte Schifffahrtswege im Golf von Guinea in Westafrika, der Straße von Malakka und dem Südchinesischen Meer sind stark von Piraterie betroffen. Insbesondere der Golf von Guinea vor der westafrikanischen Küste gilt derzeit als eine der gefährlichsten maritimen Regionen weltweit. Allein im Zeitraum von Januar bis März 2021 verzeichnete das Internationale Schifffahrtsbüro IMB mit 16 Angriffen die höchste Fallzahl im Golf von Guinea, gefolgt von 11 Fällen in Südamerika. Um die Gefahr einzudämmen, sind weitere tiefgreifende Maßnahmen notwendig. Die internationale Gemeinschaft ist aufgefordert, zielführende Bemühungen in die Wege zu leiten.



Hintergrund und Grundsätzliches

Piraterie wird im Völkerrecht als jede rechtswidrige Gewalttat, Freiheitsberaubung oder Plünderung, welche auf Hoher See gegen ein anderes Schiff und zu privaten Zwecken verübt wird, definiert.

Die International Maritime Organization (IMO) definiert das Phänomen als bewaffnete Raubüberfälle eines privaten Schiffes zu privaten Zwecken gegen Schiffe auf hoher See oder an einem Ort außerhalb der Gerichtsbarkeit eines Staates.

Das Seerecht unterscheidet zwischen drei Arten von Gewässern:

1. Hoheitsgewässern (bis 12 sm bzw. 22,2 km Entfernung von der Küste), in der dem Küstenstaat sämtliche Hoheitsbefugnisse zustehen.
2. Anschlusszone (bis 24 sm bzw. 44,4 km), in dem in Hoheitsgewässern begangene Verstöße weiterhin geahndet werden können.
3. Hochsee, die frei von der Ausübung staatlicher Hoheitsgewalt ist.

Lange Zeit galt die Küste Somalias am Horn von Afrika als das gefährlichste Gewässer welt-weit. Seit dem Sturz der somalischen Regierung 1991 gab es in dem ostafrikanischen Land keine effektive staatliche Kontrolle über die Einhaltung von Rechtsvorschriften, wodurch auch die Hoheitsgewässer kaum überwacht wurden.

Erst seit rund zehn Jahren gibt es wieder eine international anerkannte Regierung in Somalia, jedoch ist diese noch im Aufbau, wodurch das Hoheitsgebiet aufgrund von innerstaatlichen Konflikten immer noch kaum kontrolliert werden kann. Die Region ist für die internationale Schifffahrt von großer Bedeutung, da durch den Golf von Aden die wichtigsten Handelsrouten Europas, Asiens und der Arabischen Halbinsel verlaufen und die Region daher häufig und regelmäßig befahren wird. Armut und schlechte Versorgung der Bevölkerung sind Ursachen der weiteren Vermehrung von Piraterie in den letzten Jahren.

Seit 2018 ist jedoch ein deutlicher Rückgang der Zahl der Fälle in dieser Region zu verzeichnen. „Das liegt, denke ich, an dem vernetzten Ansatz, den die Mission Atalanta in Zusammenarbeit mit den anderen internationalen Marineverbänden umsetzt, die rund ums Horn von Afrika bis rein in den Persischen Golf operieren, und gleichzeitig in der Unterstützung des Welternährungsprogramms, das die notleidende Bevölkerung Somalias unterstützt.“ - Allan Seemann, der Kommandeur des deutschen Anteils der europäischen Atalanta-Mission (siehe Aktuelles)

PIRATERIE

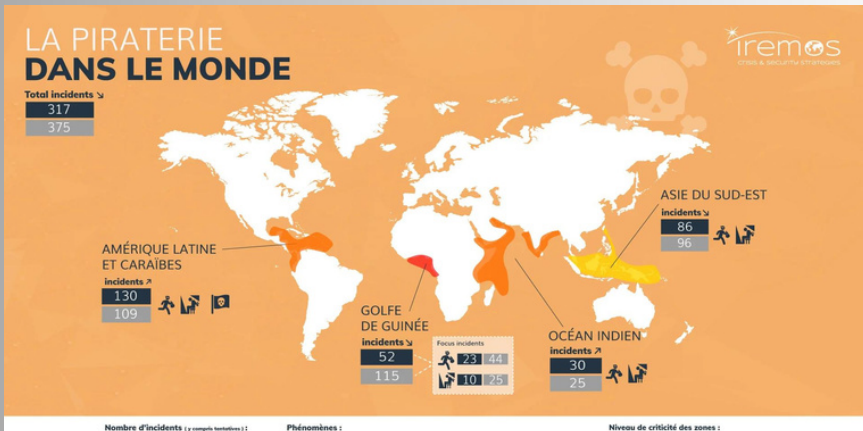
Dennoch ist die internationale Staatengemeinschaft noch weit davon entfernt, Piraterie und deren Ursachen umfassend zu bekämpfen.

Zwar wurden in Somalia in den letzten beiden Jahren nur noch vereinzelt Angriffe auf Schiffe und ihre Besatzung registriert, doch die Lage in anderen Teilen der Welt, besonders im Golf von Guinea an der Küste Nigerias, verschlechterte sich dramatisch. Auch in Westafrika sind Hunger, Armut und das Fehlen eines funktionierenden Staatsapparates die Hauptursachen für die starke Piraterie. Durch Ölförderung und der daraus entstehenden Umweltverschmutzung, können Fischer in der Region nicht genügend und vor allem kaum gesunde Fische fangen, um zu überleben.

Hinzu kommt außerdem noch die terroristische Bedrohung durch die Boko Haram und andere terroristische Gruppen an Land. Um Piraterie effektiv zu bekämpfen, müssen vor allem auch die Ursachen an Land angegangen werden.

Opfer von Piraterie ist zumeist die Berufsschiff-fahrt. Die Schiffe werden oft entweder im Hafen ausgeraubt oder auf See entführt. In zweitem Fall werden Besatzung, Ladung und Schiff gegen ein Lösegeld in Millionenhöhe wieder freigelassen, jedoch werden die Geiseln meist gefoltert, schwer verletzt und/oder getötet, wodurch die Sicherheit der Besatzungen massiv gefährdet ist.

Wirtschaftliche Nachteile entstehen den Reedereien (eng.: shipping lines) durch fällige Lösegeldzahlungen, Kosten für Sicherheitseinrichtungen und gegebenenfalls eigene Sicherheitstruppen auf den Schiffen, überflüssige Versicherungen oder Umwege (beispielsweise um das Kap der Guten Hoffnung statt durch den Suez-Kanal).



Aktuelles

Aktuellen Statistiken zufolge geht die Zahl der Angriffe vor der Küste Somalias seit 2012 immer weiter zurück, sodass im Zeitraum von Januar bis Juni des Jahres 2021 nur ein Angriff im Golf von Aden vom International Maritime Bureau (IMB) registriert wurde und die betroffene Küste seit 2019 keine bedeutende Rolle mehr für die Piraterie in internationalen Gewässern spielt. Die Küste vor dem Horn von Afrika gilt somit nicht mehr als von Piraterie am meisten bedroht. Ein wesentlicher Faktor in der Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias war der Einsatz von Militärmissionen, wie der Mission Atalanta, welche im November 2008 vom Rat der Europäischen Union eingerichtet wurde. (Resolution S/RES/1816(2008)) In besagter Resolution beschloss der Sicherheitsrat, dass es Staaten, zunächst für einen Zeitraum von sechs Monaten und in Kooperation mit der Übergangsregierung Somalias, erlaubt sei, für den Zweck der Bekämpfung von Piraterie und sonstigen bewaffneten Angriffen, die Hoheitsgewässer Somalias bewaffnet zu befahren. Die Aufgaben der beteiligten Streitkräfte der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union umfassten dabei unter anderem den Schutz der Schiffe des World Food Programs (WFP) der Vereinten Nationen, welche dem wirtschaftlich-leidendem Land humanitäre Hilfe leisteten. Zudem wurde die Operation Atalanta auch zur Abschreckung, Verhütung und Beendigung von Piraterie, sowie für das Überwachen des illegalen Handels mit Suchtstoffen und illegalen Fischereitätigkeiten eingesetzt.



Des Weiteren verabschiedete der Sicherheitsrat drei Resolutionen zum Thema in den vergangenen drei Jahren. Während in den Resolutionen der Jahre 2020 und 2021 immer noch die Situation in Somalia in den Blick nahmen, wurde mit der jüngsten dieser Resolutionen, S/ RES/2634 vom 31. Mai 2022, die Lage im Golf von Guinea besonders in den Fokus gerückt.

Die Mitgliedsstaaten der betroffenen Region werden dazu aufgerufen, mit internationaler Unterstützung so schnell wie möglich Maßnahmen zur Prävention und Verfolgung der Piraterie auf nationaler und regionaler Ebene durchzusetzen. Dabei solle auch auf die Expertise und die Ressourcen von nichtstaatlichen Akteur*innen sowie anderer, nicht direkt betroffener Staaten zurückgegriffen werden, um unter Wahrung der Hoheitsgebiete möglichst effektiv gegen die Gefahr in diesen Gewässern vorzugehen. Zudem soll weiterhin auf mögliche Verbindungen zu terroristischen Organisationen in West- und Zentralafrika geachtet werden.

PIRATERIE

Während zumindest die direkte Gewalt im Golf von Aden mit der Mission Atalanta unter Kontrolle gebracht werden konnte, verschlechterte sich die Situation im Golf von Guinea in den letzten Jahren drastisch. Da in der Region im Golf von Guinea keine Handelsrouten des globalen Nordens verlaufen, ist deren Bereitschaft in Militäreinsätzen zu investieren, gering. Doch die Ursachen der Piraterie vor der Küste Westafrikas sind denen der Ostküste sehr ähnlich:

Der Staatsapparat Nigerias ist von starker Korruption geprägt, die Bevölkerung leidet unter starker Armut, Hunger, einer fehlenden medizinischen Grundversorgung und unter andauernden Kämpfen verschiedener Bevölkerungsgruppen. Hinzu kommt unter anderem die Gefahr durch die terroristische Organisation Boko Haram, welche beispielsweise Drogenschmugglern gesicherte Versorgungswege zur Verfügung stellt, wodurch wiederum die Sicherheit an Land und auf See zusätzlich gefährdet wird. Zusätzlich wird die Region von schweren Umweltverschmutzungen belastet, wodurch gesunde und legale Fischerei kaum noch möglich ist und die dort lebenden Menschen noch weiter in Hunger und Armut getrieben werden.



Probleme und Lösungsansätze

Ein Problem der Thematik beginnt bereits bei der offiziellen Definition: Sowohl bei der Definition von Seeräuberei im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, als auch in der Definition der International Maritime Organization (IMO) setzen private Intentionen der Straftaten voraus. Tatsächlich verbinden sich in der Realität jedoch häufig private und politische Motive miteinander. Eine getrennte Sicht kann deshalb die effektive Bekämpfung von Piraterie behindern, wenn ein Staat nicht gegen Seeräuberei in seinem Hoheitsgebiet vorgehen will und/oder kann. Als Alternativkonzept kann ein ganzheitlicher Blick auf maritime Sicherheit dienen. Dabei könnte dann beispielsweise die Zusammenarbeit der an ein bestimmtes Meer grenzenden Staaten, die humanitäre Unterstützung durch Nichtstaatliche Akteur*innen sowie Sicherheitskonzepte im internationalen Handel diskutiert werden.

Des Weiteren muss die Rolle der Souveränität der betroffenen Staaten in den Blick genommen werden. Fremde Staaten können Seeräuberschiffe nur bis an die Grenzen anderer Hoheitsgewässer verfolgen, sofern nicht spezifische Kooperationsabkommen zwischen den Staaten bestehen. Sobald ein Frachter die internationalen Gewässer verlässt und sich der Küste nähert, sind bewaffnete Sicherheitsteams an Bord nicht mehr erlaubt, denn dann kommt er in die Hoheitsgewässer souveräner Staaten, welche das staatliche Gewaltmonopol beanspruchen, also in ihrem Hoheitsgebiet selbst für Sicherheit sorgen wollen. Oft gelingt dies aber nicht sehr erfolgreich, besonders in Bezug auf Piraterie, weil häufig eine der Ursachen im fehlenden Gewaltmonopol liegt. Für einen Lösungsansatz könnten hierfür Erfahrungen von 2008 mit der damaligen Übergangsregierung von Somalia herangezogen werden. Diese verzichtete auf ihre Souveränität insofern, als dass andere Staaten auch bewaffnet die Hoheitsgewässer befahren durften, wenn es in Kooperation mit besagter Übergangsregierung und zum Zwecke der Bekämpfung der Piraterie geschah.

Ein wesentliches Problem stellt die stark gefährdete Sicherheit der Besatzungen dar.

Moderne Piraterie, besonders im Golf von Guinea, ist von traumatisierenden Geiselnahmen geprägt, um hohe Summen Lösegeld zu erpressen.

Diese gehen oft mit Folter einher und enden nicht selten auch mit dem Tod einiger Besatzungsmitglieder. Zudem sind die Täter*innen oft nicht nur mit schweren Waffen ausgestattet, sondern auch mit modernen Booten, die zunehmend größere Reichweiten zurücklegen können. Je erfolgreicher die Pirat*innen sind, umso mehr Waffen können sie sich leisten, um zukünftig noch erfolgreicher zu sein.

PIRATERIE

Der aktuelle Lösungsansatz, bestehend aus mehr militärischem Schutz für die Berufsschifffahrt, führt zu einem weiteren Problem im aktuellen Umgang mit dem Komplex der Piraterie: Allein mit der Symptombehandlung bestehend aus verstärktem Einsatz des Militärs, wird Piraterie nicht nachhaltig bekämpft. Solange die Ursachen

unter anderem fehlende Rechtsstaatlichkeit, Hunger, Armut, fehlende Bildung, kaum medizinische Versorgung und Begünstigung der Verbrechen durch terroristische Gruppierungen weiterhin bestehen und sich verschlechtern.

Nichtstaatliche Akteur*innen wie das WFP setzen sich dafür ein, die betroffene Bevölkerung zu unterstützen und so den Ursachen langfristig entgegenzuwirken.

Jedoch lässt sich auch humanitäre Hilfe nur mit militärischer Unterstützung umsetzen, da erstere oft auch per Frachter ankommt und somit auch von der Piraterie gefährdet ist. Kommt die Hilfe nichtstaatlicher Akteur*innen nicht an Land an, verstärkt sich die Möglichkeit einer Verschärfung der Ursachen und somit ein potentieller Anstieg der Seeräuberei. Hier muss die militärische Symptombehandlung mit nachhaltiger Hilfe zusammengedacht werden, um langfristige Stabilität und Gewaltreduktion zu erreichen.

Ein weiteres Problemfeld besteht in der ökologischen Belastung: Zum einen können an der Küste lebende Fischer*innen durch Umweltverschmutzungen, Überfischung und Fischsterben nicht mehr versorgen oder werden zum Teil in die illegale Fischerei getrieben, welche wiederum dazu beiträgt, dass den Staaten steuerliche Einnahmen fehlen, wodurch weniger Ressourcen zur Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit vorhanden sind, was die Lage insgesamt weiter verschlechtert. Zum andern befinden sich an Bord der Schiffe, die von den Pirat*innen angegriffen werden, nicht selten umweltschädigende Frachten (bspw. bei Öltankern).

Besonders dann, wenn die Täter*innen damit drohen, das Schiff zu sprengen, ist die Sicherheit der Ladung nicht mehr gewährleistet.



PIRATERIE

Wichtige Begriffe

- Völkerrecht: ein Rechtsgebiet, das die Beziehungen zwischen Staaten und anderen völkerrechtlichen Akteuren regelt. Es umfasst eine Vielzahl von Regeln, Grundsätzen und Verfahren, die von Staaten anerkannt und respektiert werden, um sicherzustellen, dass ihre Beziehungen friedlich, fair und gerecht sind.
- Das Internationale Schifffahrtsbureau (IMB): Eine spezialisierte Abteilung der Internationalen Handelskammer (ICC), die sich auf die Bekämpfung von Piraterie und Seeräuberei konzentriert. Das IMB wurde 1981 gegründet und hat seinen Sitz in London. Das IMB sammelt Informationen über Piraterie und Seeräuberei auf der ganzen Welt und bietet Beratung und Unterstützung für Schifffahrtsunternehmen und Regierungen, um die Sicherheit auf See zu verbessern.
- Seerecht: Ein Teil des Völkerrechts, der sich mit den rechtlichen Regelungen für die Nutzung und den Schutz der Meere und Ozeane befasst. Es umfasst eine Vielzahl von internationalen Übereinkommen, Vereinbarungen und Prinzipien, die von Staaten weltweit anerkannt und angewendet werden.
- Hoheitsbefugnisse: Befugnisse und Rechte, die einem Staat zustehen, um über sein Gebiet und seine Ressourcen zu bestimmen und diese zu schützen. Es handelt sich um die "Macht" eines Staates, um seine Gesetze und Regeln durchzusetzen, Steuern zu erheben, seine Grenzen zu kontrollieren und Beziehungen mit anderen Staaten zu unterhalten.
- Hoheitsgewalt: Die Macht, die ein Staat über sein Territorium und seine Bewohner ausübt. Es bezieht sich auf die Fähigkeit eines Staates, Gesetze zu erlassen, diese durchzusetzen und Entscheidungen im Namen seiner Bürger zu treffen. Die Hoheitsgewalt umfasst die Kontrolle über die Grenzen, Einwanderung, Sicherheit, Justiz, Wirtschaft.
- Mission Atalanta: Eine militärische Operation der Europäischen Union (EU) zur Bekämpfung der Piraterie und Seeräuberei vor der Küste Somalias und im Golf von Aden.
- Lösegeld: Im Zusammenhang mit Piraterie bezieht sich Lösegeld auf Geld oder eine andere Art von Gegenleistung, die von den Betreibern eines entführten Schiffes oder von Regierungen gezahlt wird, um die Freilassung des Schiffes und seiner Besatzung zu erreichen. Die Piraten entführen Schiffe im Allgemeinen, um Lösegeld zu erpressen, indem sie die Besatzung als Geisel halten und das Schiff in einem abgelegenen Gebiet verstecken.
- Das Seerechtsübereinkommen (SRÜ): ist ein internationales Abkommen, das die Rechte und Pflichten der Staaten in Bezug auf die Nutzung des Meeres und seiner Ressourcen regelt. Es wurde 1982 von den Vereinten Nationen verabschiedet und trat 1994 in Kraft. Das SRÜ umfasst eine breite Palette von Themen, einschließlich der Souveränität und Hoheitsgewalt der Staaten über ihre Küstengewässer und den Kontinentalschelf, der Schifffahrt und der Freiheit der Meere, der Nutzung und dem Schutz des Meeres und der Küstenzonen sowie der Regelung von Streitigkeiten zwischen Staaten.

UN-NATO Vorgehen gegen Russland

Einführung

Februar 2014 begann der sogenannte russisch-ukrainische Konflikt, mit der bewaffneten Auseinandersetzung auf der damals ukrainischen Halbinsel Krim. Nach der Annexion dieser Halbinsel folgten weitere Eskalationen in der Ostukraine, die durch den Minsker Abkommen (September 2014), der durch internationaler Hilfe zustande gekommen ist, verhindert wurden. Ein Waffenstillstand wurde aufgerufen und somit galt der Krieg erstmal als beendet. Februar 2022, nachdem Russland zuvor einen Angriff auf die Ukraine, gefürchtet durch den Aufbau russischer Soldaten an der ukrainischen Ostgrenze, ablehnte, marschieren sämtliche russische Soldaten in das Land ein, mit dem Ziel die Regierung zu stürzen. Die Ukraine die nun weder Mitglied der EU, noch der NATO ist, befindet sich in einer schweren Lage. Beitrittsanträge zum Schutz des Landes werden sofort diskutiert. Nichtsdestotrotz nehmen EU und NATO, unabhängig vom Beitritt der Ukraine, stark Stellung zum Krieg und unterstützen die Ukraine wirtschaftlich und mit Waffenbelieferung. Russland scheint jedoch nicht bedroht. Innerhalb der UN, besonders innerhalb des Sicherheitsrates ist die Situation schwierig. Russland ist eines der permanenten Mitglieder des Sicherheitsrats (P 5+1) und gilt daher als unvermeidbaren Partner bei Verhandlungen. Die Frage lautet nun: Wie kann man in dieser unvorstellbar komplexen Situation den Frieden in der Ukraine sichern, gefolgt vom internationalen Frieden mit Russland?

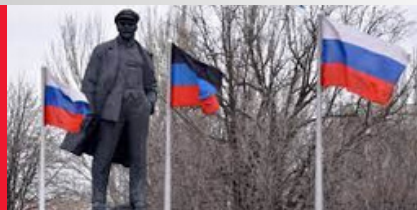
Sitzung des UN-Sicherheitsrates zum Krieg in der Ukraine am 18.07.2023:
<https://youtu.be/ZNx9SPU6nyI>



Hintergrund

Die politischen Krisen zwischen Russland und der Ukraine haben seit der Unabhängigkeit der Ukraine von der Sowjetunion im Jahr 1991 angefangen. Daraufhin hat es in den letzten Jahren es verschiedene Faktoren gegeben, eine zunehmende Spannung zwischen Russland und einigen westlichen Ländern beigetragen haben:

1. Der Sturz von Yanukovych: Viktor Yanukovych, der ehemalige Präsident der Ukraine war ein enger Verbündeter Russlands und weigerte sich deshalb ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen. Er fürchtete sich davor, dass eine engere Zusammenarbeit mit der EU die wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland beeinträchtigen würde und somit die ukrainische Wirtschaft instabil wird. Dies führte zu vielen politischen Unruhen und Protesten vom ukrainischen Volk und somit auch zu seiner Absetzung als Präsident der Ukraine
2. Die Annektierung der Krim: Nach dem Sturz vom Präsidenten Yanukovych, übernahm eine pro-westliche Macht unter der Führung des ehemaligen ukrainischen Ministerpräsidenten Arsenij Jatschenko die Macht. Dies betrachtete Russland eine Bedrohung, vor allem für ihr wichtigster Marinestützpunkt der sich in der Krim befand und annektierte daraufhin diese Region.
3. Konflikte in der Ukraine: Seit 2014 gibt es im östlichen Teil der Ukraine einen Konflikt zwischen ukrainischen Regierungstruppen und prorussischen Separatisten. Russland wird beschuldigt, die Separatisten zu unterstützen, was zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen mit dem Westen geführt hat.
4. Cyberangriffe: Russland wird beschuldigt, Cyberangriffe gegen westliche Länder und Organisationen durchzuführen, einschließlich der Einmischung in die US-Präsidentenwahlen 2016.
5. Russische Invasion der Ukraine: Im Februar 2022 eskalierte der Konflikt jedoch erneut, als der russische Präsident Vladimir Putin der Ukraine den Krieg erklärte, um sie davor zu hindern, sich vollständig den Westmächten anzuschließen.



UN Maßnahmen gegen Russland

Die UN-Maßnahmen gegen Russland wurden als Reaktion auf die Annexion der Krim im Jahr 2014 und die Unterstützung Russlands für separatistische Rebellen im Osten der Ukraine ergriffen:

1. Resolutionen des Sicherheitsrates: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat mehrere Resolutionen verabschiedet, die die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine unterstützen und die Annexion der Krim durch Russland verurteilen (Resolution 68/262). Die Resolutionen fordern auch, dass alle Parteien im Konflikt die Waffen niederlegen und eine politische Lösung finden (Resolution 2202).
2. Sanktionen: Nach der Annexion der Krim und der Unterstützung der separatistischen Rebellen im Osten der Ukraine hat die UN wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängt. Diese Sanktionen richten sich insbesondere gegen Personen und Unternehmen, die an der Annexion der Krim und dem Konflikt in der Ostukraine beteiligt waren. Die Sanktionen umfassen Reisebeschränkungen, das Einfrieren von Vermögenswerten und das Verbot von Waffenlieferungen.
3. Internationale Beobachtermission: Die UN hat auch eine Beobachtermission in der Ukraine eingesetzt, um den Friedensprozess zu überwachen und die Einhaltung der Waffenruhe sicherzustellen. Die Mission, bekannt als die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), besteht aus Vertretern von 57 Ländern, darunter Russland.
4. Diplomatische Bemühungen: Die Vereinten Nationen haben sich aktiv für diplomatische Lösungen für den Konflikt in der Ukraine mühe gegeben. Die Resolutionen des Sicherheitsrats erhöhen den internationalen Druck auf Russland, sodass russische Vertreter sozusagen dazu „verpflichtet“ werden an Verhandlungen zur Konfliktlösung teilzunehmen.



NATO Maßnahmen gegen Russland

In den letzten Jahren hat die NATO eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um Russland zu konfrontieren und ihre Mitgliedstaaten und Partner zu schützen und um ihre Verteidigungsfähigkeit gegenüber Russland zu stärken. Genau wie bei den Vereinten Nationen, wurden diese Maßnahmen als Reaktion auf die Annexion der Krim im Jahr 2014 und die Unterstützung Russlands für separatistische Rebellen im Osten der Ukraine ergriffen:

1. Erhöhung der Präsenz in der Ostsee-Region: Die NATO hat ihre Präsenz in der Ostsee-Region verstärkt, indem sie mehr Truppen und Ausrüstung in Länder wie Polen, Estland, Lettland und Litauen verlegt hat. Durch diese Maßnahme soll die Abschreckung und Reaktionsfähigkeit der NATO in der Region verbessert werden
2. Erhöhung der Reaktionsfähigkeit: Die NATO hat ihre Fähigkeit zur schnellen Reaktion auf Bedrohungen erhöht, indem sie die NATO Response Force (NRF) geschaffen hat. Die NRF besteht aus schnellen Eingreiftruppen und kann innerhalb von Tagen auf Bedrohungen reagieren.
3. Diplomatische Bemühungen: Die Allianz hat viele Bemühungen unternommen, um eine friedliche Lösung des Konflikts mit Russland zu erreichen. Die NATO betonte die Bedeutung des Dialogs mit Russland und die Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse wie Terrorismusbekämpfung und Nichtverbreitung von Waffenvernichtungsschaften.



UN-NATO Beziehung und Resolutionen

Die NATO und die Vereinten Nationen (UN) haben ein gemeinsames Ziel, den internationalen Frieden zu erhalten, und arbeiten seit den 1990er Jahren zusammen, um Friedensmissionen und Krisenmanagementoperationen zu unterstützen. Sie haben zwar unterschiedliche Ansätze zur Konfliktlösung, verfolgen aber die gleichen Objektiv. Die Vereinten Nationen priorisieren Diplomatie und nichtmilitärische Mittel zur Konfliktlösung, während die NATO militärische Stärke und Abschreckung betont. Da die Sicherheitsherausforderungen in der heutigen Welt komplexer geworden sind, ist ein umfassenderer Dialog zwischen NATO und UN erforderlich:

1. Stärkere Kooperation: Beide Organisationen haben ihre Zusammenarbeit verstärkt, indem sie Verbindungen zwischen dem Personal beider Organisationen sowie spezialisierten Agenturen der UN aufgebaut haben. Im September 2008 beschlossen die Generalsekretäre der NATO und der Vereinten Nationen auf Basis ihrer jahrelangen Zusammenarbeit, einen Rahmen für erweiterte Zusammenarbeit und Konsultationen zu schaffen.
2. Resolutionen des Sicherheitsrats zur Unterstützung der NATO: Verabschiedete Resolutionen des UN-Sicherheitsrates haben das Mandat für viele NATO Operationen erteilt. Beispielsweise wurden NATO Operationen im Westbalkan durch Resolution 1244 unterstützt, die die Entsendung einer internationalen Sicherheitskraft im Kosovo unter der Führung der NATO autorisierte und unterstützte. Als anderes Beispiel bildete Resolution 1973 die Grundlage für die Operation der NATO in Libyen, bekannt als Operation Unified Protector.
3. Beistand der NATO zur UN: Andererseits hat die NATO auch UN-geförderte Operationen unterstützt, wie zum Beispiel durch die Bereitstellung von Logistikunterstützung für von den UN unterstützte Friedenssicherungseinsätze der Afrikanischen Union in Darfur, Sudan und Somalia. Darüber hinaus hat die NATO UN-Katastrophenhilfeeinsätze in Pakistan im Jahr 2005 unterstützt und Begleitschutz für Handelsschiffe bereitgestellt, die humanitäre Hilfsgüter des Welternährungsprogramms vor der Küste Somalias transportieren.



Wichtige Begriffe

- **UN-Sicherheitsrat:** Der UN-Sicherheitsrat ist das wichtigste Organ der Vereinten Nationen. Er ist für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zuständig.
- **Nato:** Die Nato ist ein militärisch-politisches Bündnis von 30 Staaten in Europa und Nordamerika. Sie wurde 1949 gegründet, um die Sicherheit ihrer Mitglieder gegen die Sowjetunion zu gewährleisten.
- **NATO-Vertrag:** Der NATO-Vertrag ist der Vertrag, der die NATO gründete. Er wurde am 4. April 1949 in Washington, D.C. von 12 Staaten unterzeichnet. Der Vertrag legt die Ziele und Grundsätze der NATO fest, sowie die Aufgaben der NATO. Der NATO-Vertrag sieht vor, dass die NATO-Mitgliedstaaten sich gegenseitig bei einem Angriff verteidigen.
- **Sanktionen:** Sanktionen sind wirtschaftspolitische Maßnahmen, die von Staaten oder internationalen Organisationen gegen andere Staaten verhängt werden. Sie sollen die Regierung des Zielstaates unter Druck setzen, ihr Verhalten zu ändern.
- **Angriff auf die Ukraine:** Russland hat am 24. Februar 2022 die Ukraine angegriffen. Der Krieg dauert bis heute an.
- **Bündnis:** Ein Bündnis ist eine Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Staaten, um gemeinsam bestimmte Ziele zu erreichen, z. B. die Verteidigung gegen einen Angriff. Bündnisse können entweder offen oder geheim sein. Offene Bündnisse sind bekannt und öffentlich bekannt gegeben. Geheime Bündnisse sind nicht bekannt und werden vor der Öffentlichkeit geheim gehalten.
- **Bündnisfall:** Ein Bündnisfall ist ein Ereignis, das die Bedingungen eines Bündnisvertrages erfüllt und die Vertragspartner zur gemeinsamen Aktion verpflichtet. Die Art und Weise, wie die Bündnispartner reagieren, hängt von den Bedingungen des jeweiligen Bündnisvertrages ab. Einige Bündnisverträge sehen vor, dass die Bündnispartner sofort militärisch intervenieren müssen, wenn ein anderer Bündnispartner angegriffen wird. Andere Bündnisverträge sehen vor, dass die Bündnispartner zunächst versuchen, den Konflikt diplomatisch beizulegen.

UN-NATO VORGEHEN GEGEN RUSSLAND

- **Intervention:** Eine Intervention ist eine Einmischung eines Staates in die Angelegenheiten eines anderen Staates. Interventionen können entweder militärisch oder nichtmilitärisch sein. Militärische Interventionen erfolgen durch den Einsatz von militärischen Mitteln. Nichtmilitärische Interventionen können z. B. durch die Bereitstellung von humanitärer Hilfe, durch die Vermittlung im Konflikt oder durch die Androhung von Sanktionen erfolgen.
- **Verteidigungsbündnis:** Ein Verteidigungsbündnis ist ein Bündnis, das im Falle eines Angriffs auf ein Mitgliedsland die anderen Mitgliedsländer zur gemeinsamen Verteidigung verpflichtet. Verteidigungsbündnisse sind eine wichtige Form der Abschreckung, da sie potenzielle Angreifer davon abhalten sollen, einen Angriff zu starten.
- **Charta der Vereinten Nationen:** Die Charta der Vereinten Nationen ist die Verfassung der Vereinten Nationen. Sie wurde am 26. Juni 1945 in San Francisco von 50 Staaten unterzeichnet. Die Charta legt die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen fest, sowie die Organe der Vereinten Nationen und ihre Aufgaben. Die Charta ist das wichtigste internationale Dokument für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.
- **Wiener Dokument von 1999:** Das Wiener Dokument von 1999 ist ein Dokument, das die Transparenz und Vorhersehbarkeit militärischer Aktivitäten in Europa regelt. Es wurde von 55 Staaten unterzeichnet, darunter Russland und die NATO. Das Wiener Dokument sieht vor, dass die Staaten, die das Dokument unterzeichnet haben, sich gegenseitig über ihre militärischen Aktivitäten informieren müssen. Dies soll dazu beitragen, Missverständnisse und Konflikte zu vermeiden.
- **Russlands Sicherheitsgarantieforderungen:** Russland hat im Dezember 2021 eine Reihe von Sicherheitsgarantieforderungen an die USA und die NATO gestellt. Diese Forderungen beinhalten unter anderem das Versprechen, die NATO nicht weiter nach Osten zu erweitern und keine Raketenabwehrsysteme in Osteuropa zu stationieren. Russland hat gedroht, militärische Maßnahmen zu ergreifen, wenn seine Sicherheitsgarantieforderungen nicht erfüllt werden.
- **Artikel 5 des NATO-Vertrags:** Artikel 5 des NATO-Vertrags besagt, dass ein Angriff auf ein NATO-Mitgliedsland als Angriff auf alle NATO-Mitgliedsländer angesehen wird. Dies bedeutet, dass die NATO-Mitgliedstaaten sich gegenseitig bei einem Angriff verteidigen müssen. Artikel 5 wurde bisher nur einmal in Anspruch genommen, nämlich nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001.

Aktuelles

- Der UN-Sicherheitsrat hat am 25. Februar 2022 eine Resolution gegen Russland verabschiedet. Die Resolution verurteilt die Invasion der Ukraine und fordert Russland auf, seine Truppen unverzüglich zurückzuziehen.
- Die Nato hat ihre Ostflanke verstärkt und zusätzliche Truppen in die baltischen Staaten und nach Polen verlegt.
- Die USA und die EU haben Sanktionen gegen Russland verhängt. Die Sanktionen betreffen den russischen Finanzsektor, den Export von Technologie und die Reisefreiheit russischer Staatsbürger.
- Die Nato hat ihre Unterstützung für die Ukraine erhöht. Die Nato hat der Ukraine Waffen und Munition geliefert und hat sich bereit erklärt, ukrainische Soldaten auszubilden. Die Nato hat auch ihre Bereitschaft erhöht, ihre Streitkräfte in Osteuropa zu mobilisieren.
- Die russischen Streitkräfte haben in den letzten Tagen ihre Angriffe auf die ukrainische Hauptstadt Kiew verstärkt.
- Die ukrainischen Streitkräfte leisten jedoch erbitterten Widerstand. Sie haben den russischen Vormarsch in Kiew aufgehalten und konnten auch in anderen Gebieten der Ukraine einige Gebietsgewinne erzielen.
- Der Krieg in der Ukraine hat eine humanitäre Katastrophe ausgelöst. Millionen von Menschen sind aus ihren Häusern geflohen und haben in der Ukraine oder in Nachbarländern Schutz gesucht. Die Vereinten Nationen haben einen Nothilfeappell für die Ukraine gestartet.

